

Verzeichnis der Volksinitiativen

Stand: 06.08.2024

Titel	Anliegen	Frist	erreichte Unterschriften	nötige Unterschriften	Ergebnis
Volksinitiative nach Artikel 47 der Niedersächsischen Verfassung					
„Volksinitiative Verantwortung vor Gott und den Menschen in die Verfassung“	Einfügung des Gottesbezugs "Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen hat sich das Volk von Niedersachsen durch seinen Landtag diese Verfassung gegeben" in die Präambel der Nds. Verfassung.	ab 10.01.1994	ca. 114.000	70.000	Erfolgreich: Der Gottesbezug ist durch Gesetz vom 06.06.1994 in die Präambel der Nds. Verfassung aufgenommen worden
Volksinitiativen nach dem Volksabstimmungsgesetz v. 23.06.1994					
„Volksinitiative für kommunale Beitragsgerechtigkeit und Umweltschutz“	Festschreibung der Ausrichtung der kommunalen Abwasserbehandlung auf Einsparung von Trinkwasser, Gewässerschutz und eine zukunftsverträgliche Kreislaufwirtschaft des Wassers. Änderung der Beitragsbemessung, deren Grundlage der Grad der abstrakten Nutzungsmöglichkeiten der öffentlichen Einrichtungen sein soll.	Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 04.01.1995 bis 03.01.1996	Das Quorum wurde nicht erreicht.	70.000	Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden nicht erreicht.
„Volksinitiative für die Verbesserung und langfristige Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in Niedersachsen“	Wiederbesetzung aller freiwerdenden Stellen für Lehrkräfte, Einstellung weiterer Lehrkräfte entsprechend der zunehmenden Schülerinnen- und Schülerzahl und Rücknahme von Erlassen, die die "Mängel verschleiern und Sparmaßnahmen langfristig festschreiben".	Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 24.04.1995 bis 23.04.1996	ca. 140.000	70.000	Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden zwar erreicht. Der Landtag beschließt aber, dass die Forderungen der VI wegen der finanz- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht verwirklicht werden können.
„Volksinitiative für Jugendgemeinderäte - gegen das Wahlalter 16“	Einrichtung von Jugendgemeinderäten statt der Einführung des Wahlalters 16 für Kommunalwahlen.	Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 01.02.1996 bis 31.01.1997	Das Quorum wurde nicht erreicht.	70.000	Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden nicht erreicht.
„Volksinitiative gegen den Verkauf der Harzwasserwerke“	Der Verkauf der Harzwasserwerke durch die Landesregierung soll verhindert werden.	Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 01.05.1996 bis 30.04.1997	Das Quorum wurde nicht erreicht.	70.000	Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden nicht erreicht.
„Volksinitiative zum Erhalt des Rettungshubschraubers Christoph 30“	Beibehaltung der Stationierung des Rettungshubschraubers Christoph 30 in Wolfenbüttel.	Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 04.11.1996 bis 03.11.1997	75.763	70.000	Erfolgreich: Der Landtag beschließt, dass der Standort des Rettungshubschraubers Christoph 30 in Wolfenbüttel erhalten bleibt.
„Volksinitiative Patientenschutzstelle Niedersachsen“	Der Patientenschutz soll als Staatsziel in die Nds. Verfassung aufgenommen werden und eine Patientenschutzstelle eingerichtet werden.	Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 28.01.1998 bis 27.01.1999	Es wurden keine den Anforderungen genügenden Unterschriften eingereicht.	70.000	Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden nicht erreicht.

„Volksinitiative für ein gebührenfreies Studium und Teilzeitstudium“	Die Studiengebühren und der Verwaltungskostenzuschlag für den Besuch der niedersächsischen Hochschulen sollen abgeschafft werden. Alle Hochschulen, die dem Niedersächsischen Hochschulgesetz unterliegen, sollen dazu verpflichtet werden, alle angebotenen Studiengänge auch als Teilzeitstudiengänge anzubieten. Für die dafür notwendigen Änderungen des Bundesrechts soll sich das Land über eine Initiative im Bundesrat einsetzen.	Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 15.01.2003 bis 14.01.2004	Es wurden keine den Anforderungen genügenden Unterschriften eingereicht.	70.000	Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden nicht erreicht.
„Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung“	Die mit Ende des Schuljahres 2003/2004 abgeschaffte Lernmittelfreiheit wird wieder eingeführt. Durch gesetzliche Regelungen ist sicherzustellen, dass die Mittel der Schülerbeförderung auch zukünftig nicht zu Lasten der Eltern gekürzt werden.	Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 01.06.2004 bis 02.06.2005	80.513	70.000	Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden zwar erreicht. Der Landtag entschied aber mit Beschluss vom 09.12.2005, dass den Forderungen der VI wegen der haushaltsrechtlichen Lage nicht entsprochen werden kann.
„Volksinitiative für die Rücknahme der Rechtschreibreform“	Aufforderung des Landtags an die Landesregierung, äußerste Anstrengungen zur Rückkehr zur alten Rechtschreibung in den Schulen zu unternehmen und Beschluss des Landtags, dass die Weiterentwicklung der Sprache nicht durch behördliche Regelungen erfolgen darf, sondern nur durch Entscheidungen der Abgeordneten.	Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 20.08.2004 bis 20.08.2005	Es wurden keine den Anforderungen genügenden Unterschriften eingereicht.	70.000	Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden nicht erreicht.
Volksinitiative „Keine Kürzungen bei Bus und Bahn in Niedersachsen“	Verwendung eines Teils der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung für den Ausgleich von Kürzungen beim ÖPNV, für einen ausreichenden und bezahlbaren ÖPNV als Teil der Daseinsvorsorge, für die Förderung von Schienen- und Straßenverkehr zu gleichen Teilen und für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine zukunftsfähige und klimaverträgliche Verkehrspolitik.	Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 29.03.2007 bis zum 29.03.2008	Es wurden keine den Anforderungen genügenden Unterschriften eingereicht.	70.000	Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden nicht erreicht.
Volksinitiative „Verbesserung der Unterrichtsqualität“	Die Unterrichtsqualität soll durch die Absenkung der Klassenhöchstgrenzen und die Eigenverantwortlichkeit der Schulen durch die Bereitstellung ausreichender Ressourcen in Form von Leistungszeit, Lehrstunden und Finanzbudget verbessert werden. Den Schulen sollen für individuelle Förderung und zur Behebung des Unterrichtsausfalls zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Außerdem soll das Kultusministerium zu einem jährlichen Bericht über die Qualität des Schulwesens und die veranlassten Unterstützungsmaßnahmen verpflichtet werden.	Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 10.04.2007 bis 10.04.2008	Es wurden keine den Anforderungen genügenden Unterschriften eingereicht.	70.000	Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden nicht erreicht.

<p>„Volksinitiative Änderung des Niedersächsischen Nichtraucherschutzgesetzes“</p>	<p>Das Niedersächsische Nichtraucherschutzgesetz soll so geändert werden, dass Betreiber von Einraumgaststätten das Recht erhalten, selbst über die Untersagung od. Erlaubnis des Rauchens in ihren Gaststätten zu entscheiden. Besteller geschlossener Veranstaltungen sollen ein freies Selbstbestimmungsrecht über die Untersagung od. Erlaubnis des Rauchens im geschlossenen, separaten Veranstaltungsraum erhalten. Außerdem sollen Nebenräume in Gaststätten unabhängig von ihrer Größe durch die nachgeordnete Anzahl der durchschnittlichen Nutzungstage gegenüber dem Hauptraum Rauchernebenräume sein können.</p>	<p>Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 26.11.2007 bis 26.11.2008</p>	<p>66.210</p>	<p>70.000</p>	<p>Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden nicht erreicht. Die VI ist laut Beschluss des Nieders. Landtag vom 14.1.2009 nicht zu behandeln. Der Landtag weist jedoch darauf hin, dass er durch das Gesetz zur Änderung des Nieders. Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens vom 10.12.2008 in diesem Kontext Änderungen beschlossen hat.</p>
<p>„Volksinitiative Bessere Rahmenbedingungen in den niedersächsischen Kindertagesstätten“</p>	<p>Der Betreuungsschlüssel für Krippen und Kindergärten/Horte soll gesenkt werden.</p>	<p>Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 07.09.2012 bis 07.09.2013</p>	<p>weit mehr als 70.000</p>	<p>70.000</p>	<p>Erfolgreich: Der Landtag hat in seiner Sitzung am 15.05.2014 die Entschließung (LT-Drs. 17/1527) beschlossen, dass neben anderen Reformen u.a., die Forderungen der Volksinitiative Eingang in das neue Kindertagesstätten-Gesetz (KitaG) finden sollen und der Betreuungsschlüssel schrittweise verbessert werden soll.</p>
<p>Volksinitiative „Bessere Schule“</p>	<p>Durch Gesetz soll der Landtag eine gesicherte Unterrichtsversorgung vom mind. 103 Prozent für alle allgemeinbildenden Schulformen inklusive Förderschulen und das freie Wahlrecht der Eltern über die geeigneten Schulformen vor Ort sicherstellen, die Förderschule Lernen ab der 1. Klasse wieder einführen und alle Förderschulformen erhalten sowie den Bestand an Gymnasien sichern und als Entfernung zur Schule eine Fahrzeit von höchstens 45 Minuten festlegen.</p>	<p>Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 27.01.2016 bis 27.01.2017</p>	<p>Es wurden keine den Anforderungen genügenden Unterschriften eingereicht.</p>	<p>70.000</p>	<p>Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden nicht erreicht.</p>
<p>„Volksinitiative für eine Bundesratsinitiative zur Vermögenssteuer“</p>	<p>Der Landtag soll die Landesregierung auffordern, in den Bundesrat einen Gesetzesantrag einzubringen, mit dem eine Vermögenssteuer eingeführt wird, die alle Vermögen bei einem Freibetrag von 1 Mio. Euro gleichmäßig bewertet und nach einem einheitlichen Steuersatz von 5 Prozent besteuert. Im Ausland angelegtes Vermögen soll dabei berücksichtigt werden. Betriebsvermögen bis zu 5 Mio. Euro soll von der Steuerpflicht freigestellt werden.</p>	<p>Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 12.10.2017 bis 12.10.2018</p>	<p>Es wurden keine den Anforderungen genügenden Unterschriften eingereicht.</p>	<p>70.000</p>	<p>Nicht erfolgreich: Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften wurden nicht erreicht.</p>

<p>Volksinitiative „Stoppt Gendern in Niedersachsen“</p>	<p>Der Landtag soll die Landesregierung auffordern, den Landesbehörden, Kommunen und Bildungseinrichtungen die Einhaltung der Regeln des "Rates der deutschen Rechtschreibung" - ohne Gender-Sonderzeichen in ihrer Kommunikation und Veröffentlichung vorzugeben. Sämtliche Varianten von Gender-Sonderzeichen sollen in der offiziellen internen und externen Kommunikation keine Verwendung finden. Die Landesregierung soll die öffentlichen Unternehmen und die niedersächsischen Rundfunkeinrichtungen ebenfalls zur Übernahme dieser Vorgaben auffordern.</p>	<p>Frist (§ 9 Abs. 1 NVAbstG) vom 07.03.2024 bis 07.03.2025</p>	<p>Läuft noch</p>	<p>70.000</p>	<p>Läuft noch</p>
--	--	---	-------------------	---------------	-------------------